

Quo Vadis, Europa?



Schon 20 Minuten vor Veranstaltungsbeginn war im Saal der Universität Zürich fast kein Platz mehr frei. Nur auf den ersten Reihen warteten leere Stühle mit «Reserviert»-Schildern an diesem lauen Märzabend auf den Bundespräsidenten der Republik Österreich, Alexander Van der Bellen. Doch auch sie wurden pünktlich gefüllt: Alles, was an diesem Abend neben dem Ehrengast Rang und Namen hatte, konnte sich vor Beginn des Vortrags mit dem Titel «Chancen und Herausforderungen Europas» so auch noch einmal präsentieren. Neben der österreichischen Botschafterin Dr. Maria Rotheiser-Scotti waren das unter anderen der Zürcher Regierungsrat Ernst Stocker und die Prorektorin Prof. Dr. Gabriele Siegert.

Ernst Fehr vom UBS-Center for Economics und Society eröffnete den Vortrag und führte Van der Bellen als einen Menschen ein, der auch als Politiker seinen wissenschaftlichen Blick auf die Welt nicht verloren habe. Und er spreche aus Erfahrung, habe er doch einst in Wien bei ihm als Assistent gearbeitet.

Die vielen Krisen Europas sind von einzelnen Nationalstaaten nicht zu lösen.

Über die eigene Biografie leitet Van der Bellen seine Rede gleich zu Beginn zu einem Idealbeispiel zukünftiger Europäischer Identitäten hin: So wie seine Familie, nach Russland und später Österreich vertriebene Esthen, seien diese geprägt durch Reisen und Migration.

Doch bevor die Frage nach der Identität der Bewohner:innen geklärt werden könne, müsse zuerst eine noch grössere Frage beantwortet werden: Was soll denn Europa; was soll die EU sein? Der Wohlstand allein reicht im Angesicht der vielen Krisen, mit denen sich die Menschen heute konfrontiert sehen, als Antwort nicht mehr aus.

Mit Blick auf den Krieg in der Ukraine, dem Aufschwung von Rechtspopulisten bis hin zu technischen Veränderungen, die viele überfordern, greift Van der Bellen zur Beantwortung der Frage auf ein Zitat des französischen Unternehmers und Wegbereiters der europäischen Einigung, Jean Monnet, zurück, der sagte: „Europa wird in Krisen entstehen und es wird die Summe der Lösungen sein, die für diese Krisen gefunden werden“

Die EU kann geeint auftreten – tut es aber nicht immer.

Um dabei heutzutage als geopolitischer Player auftreten zu können, müsse sich etwas am Selbstverständnis der EU ändern. Ursula Von der Leyen war 2019 mit dem Wunsch angetreten, die EU als geopolitische Kommission zu positionieren¹. Doch der Weg dahin ist noch nicht abgeschlossen. Heute, so Van der Bellen, stelle man sich teilweise die Frage, ob man überhaupt noch eine Vision brauche; ob man nicht besser flexibel sein solle. Ein Blick auf die Krisen und das Auftreten der EU in denselben deute eher auf Zweites hin: Herrschte 2020 am Beginn der Covid-Pandemie Chaos, wurde relativ schnell klar: Entweder wir schaffen es gemeinsam – oder gar nicht. Beim Überfall Russlands auf die Ukraine im Jahr 2022 – der eigentlich schon 2016 mit der Annexion der Krim begonnen hatte – präsentierte sich die EU als Einheit und brachte Sanktionen und Unterstützungen auf Schiene. Mit Fortdauer des Krieges aber bröckelt diese Einigkeit zusehends und die Stimmen der Nationen werden lauter. Beim Konflikt in Nahost, der 2023 mit dem Überfall der Hamas auf Israel startete, sei überhaupt noch alles offen. An diesen Reaktionen, so Van der Bellen, zeige sich, dass die EU zwar gemeinsam auftreten könne, es aber oft nicht tue. Bis die EU eine geopolitische Institution wird, sei es noch ein langer Weg.

Nicht nur nach aussen: auch nach innen wirkt die Uneinigkeit

Daneben wurde in den letzten Jahren Mithilfe von Desinformationskampagnen und anderen Dingen versucht, die EU intern zu schwächen. Und auch die nationalistischen Strömungen würden dem Projekt schaden. Am Beispiel des Brexits demonstriert Van der Bellen hier, dass gerade letztere Tendenzen mit ihren Zielen den Ansprüchen der Menschen faktisch nicht entgegenkämen. So habe der Brexit zwar sicher nicht alle aktuellen Probleme wirtschaftlicher Natur in Grossbritannien verursacht, er habe sie aber definitiv alle verschlimmert. Kein einziges Versprechen der Brexiteers sei eingehalten worden und 60 % der Brit:innen denke heute genauso darüber.

Der Blick auf eigene Interessen kann die Gemeinschaft nicht stärken

Eine Frage, die sich bei diesen inneren Querelen stelle, sei, wo hier die gesellschaftlichen Bruchlinien verlaufen würden. Zwischen Europas Norden und Süden? Zwischen Westen und Osten? Zwischen jung und alt?

Die Antwort darauf sei so logisch wie unbefriedigend: Kommt drauf an! Finanz-, Migrations- und auch die Klimakrise seien Dinge, die unterschiedliche Gruppen von Europäer:innen ansprechen würden. Die Trennlinien verlaufen dabei aber jeweils anders. Das könne man nun als Dilemma oder Chance begreifen. Denn es bedeute nicht nur, dass man keine einfachen Antworten auf komplexe Fragen finden kann; es bedeute auch, dass man komplexe Fragen nur gesamteuropäisch und demokratisch beantworten könne. Dass es heute nationalstaatlich nicht mehr funktioniere, hätten mehrere Beispiele gezeigt. So habe die Verschrottungsprämie in Deutschland, die deutsche Automobilhersteller stützten sollte, dazu geführt, dass tschechische Automobilhersteller Gewinne einführen.

¹ <https://www.kas.de/de/web/auslandsinformationen/artikel/detail/-/content/weltmacht-eu>

Und das sei auch nicht verwunderlich, denn das Konzept der Nation sei eines aus dem 19. Jahrhundert, das den heutigen Anforderungen nicht mehr gerecht werde. Ein Nationalstaat könne zum Beispiel nichts tun, wenn Google oder Microsoft die Gegner sind. Die EU mit 450 Millionen Einwohner:innen hingegen schon.

Aber was ist das Problem?

Ein Problem, mit dem die EU in der heutigen Konstitution zu kämpfen habe, sei deren struktureller Aufbau. Im Europäischen Rat sitzen Vertreter:innen der einzelnen Nationen, deren politisches Überleben von den jeweiligen Nationen garantiert wird. Es sei nach Van der Bellen daher nur logisch, dass diese Politiker:innen in der Entscheidungsfindung auf die Interessen ihrer Nationen blicken.

Wenn man das bedenke, so sei es eigentlich ein Wunder, dass es die EU in ihrer heutigen Form noch gebe. Oder – und mit diesem Satz kam der glühende Europäer in dem Politiker nicht das erste Mal an diesem Abend zum Vorschein – es zeige, dass es trotzdem viele Menschen gebe, die an die EU glauben.

Auf die Frage, die der Bundespräsident der Republik Österreich eingangs gestellt hatte – was denn die EU sein solle? – kann man am Ende seines Vortrages wohl am ehesten antworten: Ein gemeinsamer Weg und ein Glaube an sich selbst.

Dass dies in einer Zeit der vielen Krisen eine doch eher wenig hoffnungsvolle Botschaft ist, dürfte Van der Bellen auch selbst klar sein. Denn er schliesst mit den Worten: Es wäre schade, wenn wir in Zukunft sagen müssten: «Wir hatten zwar ein vereintes Europa, aber zu wenig Europäer, die daran geglaubt haben.»

Und dennoch sei er überzeugt, dass die Entwicklung der EU seit 1945 ein Vorbild für die Welt sein könnte.